

BürgerInnenbrief **Mitte**

19. Mai 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Wirtschaft +++ Freihafen +++ 2 x Wahlen +++ Barrieren +++ Kids in die Clubs +++ Einjahresbilanz +++ Mal raus!

»Der Sinkflug der Hamburger Wirtschaft...



HHLA: Rückgang der Umschlags- und Transportmengen

... schwächt sich ab«, behauptet Wirtschaftssenator Gedaschko. Im Verbund mit Finanzsenator Michael Freytag hofft Hamburgs Wirtschaftsbehörde auf ein baldiges Ende der Rezession. Schönrederei und politisch verbrämte Untätigkeit bleiben die charakteristischen Merkmale der CDU-Politik.

Erstes Beispiel: Der Konzernumsatz der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) sackte von Januar bis März um ein Fünftel ab, der Betriebsgewinn vor Zinsen und Steuern gab sogar um 45% nach. Der Rückgang in den ersten drei Monaten habe dank des Sparprogramms in Grenzen gehalten werden können, sagte der HHLA-Chef Klaus-Dieter Peters. Im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres hätten sich aber noch keine Hinweise auf eine Trendwende der wirtschaftlichen Situation gezeigt. Daher rechnet die HHLA nach eigenen Anga-

ben unverändert mit einem deutlich zweistelligen Rückgang der Umschlags- und Transportmengen sowie signifikanten Rückgängen bei Umsatz und Ergebnis. Bei dem Konkurrenzunternehmen Eurogate sieht die Lage ähnlich düster aus.

Zweites Beispiel: In Hamburg ist die Zahl der Arbeitslosen im April - im Vergleich zum Vormonat - um 1.900 Menschen oder um 2,4% angestiegen. Sie liegt nun bei insgesamt 80.800 Arbeitslosen. Das sind gegenüber dem Tiefpunkt im November 2008 12.000 oder 16,4% mehr Menschen ohne Arbeit. Auch bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurde der Höhepunkt im letzten Herbst erreicht. Seit Oktober 2008 sind ca. 10.000 Stellen verloren gegangen.

Hamburg liegt beim Zuwachs der Arbeitslosenzahlen mit Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz bundesweit



HHLA: Fast alles leer?

an der Spitze (Bund: bei 8,6% stagnierend; Hamburg: Anstieg von 8,8 auf 9,0%). Das ist auch nicht weiter überraschend, weil diese vermeintlich gut aufgestellten Bundesländer mit ihrer hohen Exportorientierung (40% des Hamburger BIP sind exportabhängig) von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffen sind.

Die von offizieller Seite und den Medien immer wieder verkündete Trendwende ist offensichtlich mehr Wunschdenken als durch empirische Tendenzen untersetzt. Die Schrumpfbewegung der Ökonomie ist noch nicht zu Ende. Die Abwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft hat sich im ersten Quartal 2009 verschärft. Um 3,8% lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Vierteljahr 2009 niedriger als im Schlussquartal des Jahres 2008. Damit ist das BIP zum vierten Mal in Folge gegenüber dem Vorquartal gesunken. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 2008 ging das preisbereinigte BIP in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 sogar um 6,7% zurück.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland wird im internationalen Ländervergleich mit am heftigsten vom Krisenprozess erfasst: Der konjunkturelle Sturzflug geht – wenn überhaupt – langsam in einen Gleitflug auf tiefem Niveau über. Von einem erneuten Aufstieg ist bislang weit und breit nichts zu sehen.

Im Kernbereich der Krisendynamik sehen wir nach wie vor eine wechselseitige Verstärkung von Finanz- und Überakkumulationskrise. Zugleich geraten weitere Bereiche in den Krisenstrudel. Die Steuereinnahmen sind massiv rückläufig und folglich steigt die Staatsverschuldung steil an. Dies belegt auch die Steuerschätzung im Mai. Hamburg werden in diesem Jahr mindestens weitere 500 Mio. Euro fehlen, um das umzusetzen, was im Haushalt und für die »Hamburger Konjunkturoffensive« bisher vorgesehen ist.

Finanzsenator Michael Freytag stellt fest, dass Hamburg in den ersten vier Monaten des Jahres 115 Millionen Euro weniger eingenommen hat als im Vorjahreszeitraum, ein Minus von etwa 4,9%. Zurückgegangen seien vor allem Lohn- und Umsatzsteuer. Freytag wörtlich: »Wir werden wie angekündigt einen Nachtragshaushalt vorlegen, wenn wir genau wissen, wie groß der Finanzierungsbedarf für den Hamburger Haushalt ist.« In den Nachtragshaushalt müssten auch die durch den Bund verursachten Steuersenkungen in Höhe von

vermutlich bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr eingerechnet sowie 75 Millionen Euro Eigenleistung für das Konjunkturpaket aufgenommen werden.

Das Ergebnis für die Hamburg verbleibenden Steuern per Ende April 2009 bewegt sich mit einem Rückgang um 4,9% gegenüber dem Vorjahres-Ist noch im Rahmen der planmäßigen Erwartung (-5,7%) für das Gesamtjahr. Bleiben die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich unberücksichtigt, fällt das Ergebnis für die Gesamtsteuereinnahmen nach Zerlegung mit -7,3% aber bereits schwächer aus als geplant.

Keine Frage: Weltweit kämpfen die Regierungen – wenn auch mit höchst unterschiedlichem Mitteleinsatz – gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. In der Mehrzahl der Länder stehen dabei Maßnahmen zur Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems im Vordergrund. Der Senat verkündet: Eine halbe Milliarde Euro werde im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive gegen die Krise eingesetzt – viel Steuergeld, mit dem man nützliche Sachen auf den Weg bringen und dabei die Regionalwirtschaft im Abwärtsstrudel der Weltwirtschaftskrise ein wenig abfedern kann.

Aber rund 300 Millionen Euro sind Bestandteil des Berliner Konjunkturpakets 2 und gelten für zwei Jahre. Der Hamburger Senat fügt neben dem Eigenanteil zum Berliner Paket noch etliche vorgezogene Investitionen von rund 250 Millionen hinzu. Eindeutig zu wenig – und auch konzeptionell überzeugen die Vorschläge nicht. Wie will man mit 3 Mio. Euro für Grünanlagen oder Schulbaumaßnahmen von 97 Mio. Euro die daniederliegende Infrastruktur der Stadt auf Vordermann bringen, auf die der Rechnungshof in seinem jüngsten Bericht hingewiesen hat? Allein für die Schulsanierung müssten in einem ersten Schritt 600 Mio. Euro aufgebracht werden.

Entschlossenes politisches Handeln wäre gefordert. Die deutliche Steigerung der Arbeitslosenzahlen und die Brandmeldungen aus dem Warentransport (Hafen, Flughafen) sind deutliche Signale für die zu erwartenden Rückwirkungen der Finanzkrise und Rezession auf die Wirtschaft der Stadt. Da muss schon sehr viel mehr Geld in die Hand genommen werden, um die schlimmsten Folgen zu vermeiden. Die Hamburger Politik ordnet sich in die Politik der »ruhigen Hand« ein, was angesichts der sich häufenden Krisenmeldungen auch aus der Hamburger Wirtschaft völlig unzureichend ist.

Freihafenverkleinerung passé?



Ansicht der Afrikastraße, eines kleinen Teils des Freihafens

Der Senat macht zur Zeit in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht wirklich kein gute Figur! Allein die Desaster mit der HSH Nordbank, der Elbphilharmonie und Hapag Lloyd werden die SteuerzahlerInnen schwer belasten. Selbst ein Projekt, das glücklicherweise bisher noch ohne größere Kosten betrieben wurde, hat er in diesen Tagen ebenfalls gegen den Baum gesetzt: Der von Senator Axel Gedaschko (CDU) seit November 2008 betriebene Plan, den traditionsreichen Hamburger Freihafen von ca. 1.636 auf 60 Hektar drastisch zu reduzieren, muss zurückgestellt werden: Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat die genehmigungspflichtige Verkleinerung vorerst abgelehnt – eine Entscheidung, die offenbar bereits vor einigen Wochen gefallen ist und bislang zurückgehalten wurde.

Mit der Zurückhaltung dieser Entscheidung ist der Wirtschaftssenator seiner Linie treu geblieben, die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Hafenvirtschaft nicht ausreichend in die Planungen und Entscheidungen für den Freihafen einzubeziehen. Ebenso wie er den Widerspruch der »Initiative Pro Freihafen« ignorierte – sie vertritt die Interessen von rund 140 meist mittelständischen Mitgliedsunternehmen mit mehr als 2.000 Mitgliedern –, hatte er auch die Einwände der Bundesfinanzdirektion Nord von Mitte Januar unterschätzt. Während letztere unter dem Blickwinkel der Zollverwaltung grundsätzlichen Einspruch gegen die Entstehung zweier Zollsysteme erhob, weist die Initiative seit Monaten auf die unternehmens- und arbeitsplatzgefährdenden Konsequenzen bei einer überhasteten und derartig einschneidenden Freihafenverkleinerung hin.

Der Sprecher der Initiative, Ralf Nörtemann, kritisierte in einem Abendblatt-Interview, dass die zu erwartenden hohen zoll- und sicherungsrechtlichen Risiken »einseitig auf die Klein- und Mittelbetriebe des Hafens verlagert würden, während für die Großbetriebe eine Lösung gefunden wird, die sie

gegenüber dem bisherigen Freizonenstatus sogar noch besser stellen würde«. Senator Gedaschko hat das alles nicht gejackt, noch im Januar tat er die Einwände ab und bezeichnete die Initiative als »zerfallende« Gruppierung. »Zerfallen« ist zu allererst vorerst seine Freihafenpolitik.

Auch ich habe mich in den vergangenen Monaten gegen die völlig überstürzten Freihafenpläne engagiert und wiederholt bemängelt, dass der Senat weder ein Gespür im Umgang mit der klein- und mittelständischen Hafenvirtschaft entwickelt, noch das Thema auch nur ansatzweise hinreichend in der Stadt kommuniziert hat. Für viele Unternehmen und Beschäftigten im Freihafen ist daher der Einspruch auf Bundesebene zunächst ein gutes Ergebnis, da damit Zeit gewonnen wird, die Dimension der Verkleinerung und auch die ohne Not überstrapazierte Zeitschiene zu überdenken.

Der Wirtschaftssenator muss endlich die Sorgen der betroffenen Unternehmen beherzigen – allemal in einer Situation, in der sich im Hafen die Container krisenbedingt immer höher stapeln – und den Zeitrahmen zur Anpassung an EU-genormte, zollrechtliche Regelungen bis zum Jahre 2013 ausnutzen. Wir erwarten von Senator Gedaschko daher ein klärendes Wort, auf seine vorschnellen Umsetzungspläne zu verzichten und auch Abstand zu nehmen von einer 97%igen Abwicklung des Freihafens.

Entspannung bringt das Ausbremsen der Senatspläne auch für die Veddeler und Wilhelmsburger Bevölkerung. Durch das übereilte Vorgehen des Senators hätten nämlich vorzeitig aufgehobene, des Nachts bisher geschlossene Zollstationen spätestens ab Anfang 2011 für zusätzlichen Verkehr rund um die Uhr gesorgt und die anliegenden Wohnquartiere belastet. Die Aussetzung bzw. Verschiebung der Entscheidung eröffnet die Chance, nun endlich ein Gesamtverkehrskonzept für den Hamburger Hafen und die Elbinsel Wilhelmsburg/Veddel vorzulegen.

Wahlen zum Ersten: Europawahl am 7.6.

Am 7. Juni wird das Europäische Parlament neu gewählt. Wahlprognosen gehen davon aus, dass die Beteiligung unter 50% liegen wird. Dies ist sicher auch der Tatsache geschuldet, dass Abgehobenheit und Intransparenz der Brüsseler Debatten und Entscheidungen das Europabild der BürgerInnen prägen (siehe hierzu auch die jüngste Veröffentlichung von



Autoren der in Hamburg ja gut bekannten Initiative »Mehr Demokratie«: Michael Efler/Gerald Häfner/Roman Huber/Percy Vogel, »Europa: nicht ohne uns! Abwege und Auswege der Demokratie in der Europäischen Union« im VSA: Verlag). Aber das geringe Interesse ist zugleich ein alarmierendes Signal, denn tatsächlich werden heute nahezu 80% aller Gesetze und Verordnungen von der Europäischen Union mindestens vorgegeben, wenn nicht gar bestimmt. Wer also fortschrittliche Politik in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Hamburg beeinflussen will, muss die Wahl am 7. Juni ernst nehmen. Wer will, dass die Krisenlasten nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden, wer sich gegen den Abbau sozialer und kultureller Errungenschaften ausspricht, wer für Frieden, gegen Militäreinsätze eintritt und wer dem erstarkenden Rechtsextremismus Paroli bieten will, sollte Flagge zeigen und DIE LINKE wählen.

Weitere Argumente zur Politik der LINKEN gibt es am Freitag, den **5. Juni** ab 18 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg: Sabine Wilms (kandidiert auf Platz 2 der linken Europaliste), Heike Sudmann (kandidiert auf der linken Bundestagsliste),



Mehmet Yildiz (Bürgerschaftsabgeordneter) und Joachim Bischoff (Bürgerschaftsabgeordneter, Direktkandidat zur Bundestagswahl) stellen sich kritischen Fragen.

Gefunden bei <http://twitpic.com/4yyh4>

Wahlen zum Zweiten: Bundestagswahl am 27.9.

Der Wahlkreis 19, in dem ich als Direktkandidat für DIE LINKE zur Bundestagswahl am 27.9. antrete, ist nicht mit dem Bezirk Mitte identisch. Neben den Kernbereichen des Bezirks gehören noch Teile von Nord und Altona zu den Wahlberechtigten. Trotzdem ist es für die **Wahlkampf Vorbereitung** nützlich, einen Blick auf die Strukturen des Bezirks zu werfen.

Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Hamburg zwischen 1991 und 2008 im Bundesvergleich recht stark um 9,5%. Die Arbeitslosenquote lag mit 8,1% (2008) leicht über dem Bundesdurchschnitt (7,8%). Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse schnitt Hamburg mit einem Plus von 1,9% am zweitbesten von allen Ländern ab (1993-2008)

Im Jahre 2007 wies Hamburg eine Armutsquote von 14,1% auf. Damit befand sich jeder siebte Hamburger Bürger in einer Armutssituation. Dieser Wert entspricht etwa dem Deutsch-

Sozialdaten Hamburg-Mitte

	Mitte	Hamburg
Bevölkerung (2007)	235.393	1.741.182
MigrantInnen (in %)	14,7	14,8
Arbeitslose (April 2009)	19.186	80.726
Arbeitslosigkeit (in %)	14,7	9,0
ALG II (März 2008)	43.580	204.246
ALG II (in %)	18,5	11,7
Sozialwohnungen (in %)	19,1	12,3
mit Bindungsauslauf 2013 (in %)	11,9	15,1
SchülerInnen (2007)	19.749	167.714
MigrantInnen (in %)	27,0	14,6
Kindergärten	118	1.039
Grundschulen	31	244
Weiterführende Schulen	31	195

Sozialdaten Hamburg Mitte – die Stadtteile

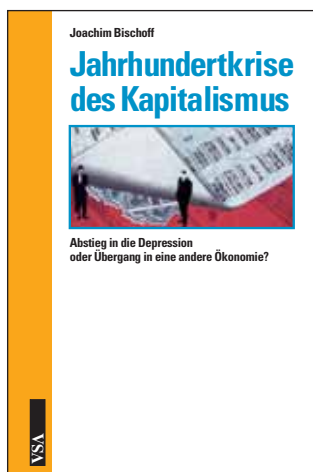
	Bevölkerung 2007	Anteil Migrant- Innen ¹	Arbeits- losigkeit 6-2008 ¹	Hartz IV März 2008 ¹	Wahl- beteiligung BZW ² 2008 ¹	Anteil LINKE BZW ² 2008 ¹
Hamburg gesamt	1.741.182	14,8	6,0	11,7	63,6	7,4
Bezirk Mitte ³	235.393	25,1	8,3	18,5	54,6	9,1
Wilhelmsburg	49.851	33,8	11,4	26,3	50,0	8,6
Stadtteile						
Hamburg-Altstadt	2.247	24,2	3,6	9,2	70,6	4,8
Neustadt	11.706	22,3	6,3	12,7	65,6	8,7
St. Pauli	27.706	27,1	8,8	18,3	61,4	15,3
St. Georg	10.586	31,1	5,7	11,0	63,7	10,2
Klostertor/Hammerbrook	1.697	32,1	9,2	21,0	52,2	10,5
Borgfelde	6.565	24,3	5,3	10,2	56,8	7,5
Hamm-Nord	21.634	14,2	5,3	9,9	61,0	7,2
Hamm-Mitte	10.747	23,6	7,2	16,1	48,6	8,3
Hamm-Süd	3.847	19,8	8,0	18,4	55,5	11,1
Horn	36.890	22,5	9,9	20,9	50,1	8,2
Billstedt	68.936	22,5	10,7	24,8	50,7	8,5
Billbrook	1.117	56,0	18,6	23,9	31,8	15,9
Rothenburgsort	8.660	27,5	8,5	22,6	46,7	9,6
Veddel	4.944	51,1	10,1	29,6	54,2	10,3
Grasbrook/Steinwerder	1.290	54,4	13,2	30,1	36,1	21,1
Waltershof/Finkenw.	11.633	13,3	4,4	9,7	64,4	7,2
Hafencity	511	18,4	1,1		82,7	0,4

¹ in %; ² Wahlen zur Bezirksversammlung; ³ ohne Wilhelmsburg

landdurchschnitt. Von allen Bundesländern lag Hamburg im unteren Mittelfeld, innerhalb der westlichen Bundesländern in der Mitte. Zwischen 2005 und 2007 konnte Hamburg seine Situation kontinuierlich verbessern. Die Armutsquote sank von 15,7% im Jahr 2005 auf 14,1% im Jahr 2007, dies entspricht einem Rückgang von 10%.

In keinem anderen Bezirk Hamburgs ist die soziale Spaltung der Stadt so spürbar wie in Mitte. Die Stadt der Millionäre ist unter der CDU-Regierung in wenige wohlhabende und

zahlreiche von Arbeitslosigkeit und Kinderarmut gezeichnete Stadtteile gespalten. Auf der einen Seite sehen wir die Leuchtturmprojekte des Senats, Milliardengräber wie die Elbphilharmonie oder die U 4; auf der anderen Seite geschlossene oder »verschlankte« öffentliche Einrichtungen im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur-, Gleichstellungs- und Integrationsbereichen sowie eine Verwaltungsreform, die zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung geht und deren Abkopplung vom ökonomischen Wachstum vertieft.



Von der Finanzkrise zur Jahrhundertkrise des Kapitalismus

144 Seiten; EUR 12.80; ISBN 978-3-89965-339-7

Der Finanzmarktkapitalismus ist auf mittlere Sicht investitions- und innovationsfeindlich. Der Verwertung der Eigentumstitel wurde die produktive Aktivität der Volkswirtschaft geopfert. Insofern geht es auch um eine Neuorientierung – und damit um Auswege aus der Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Zu Recht rückt in den Vergleichen mit vorangegangenen Krisen im Kapitalismus die Weltwirtschaftskrise 1929ff. in den Mittelpunkt. Dies bewirkt bei den politischen Klassen weltweit einen Prozess des Abrückens von der neoliberalen Ideologie. Eine Normalisierung ist nur durch massive Entwertung von Vermögens-titeln und eine neue Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung zu erreichen. Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6

Wider die Barrieren und Blockaden!



Barriere für Rollstühle & Kinderwagen: Treppe zur U-Bahn Ochsenzoll

Mittlerweile ist in die Forderung nach einem barrierefreien Hamburg Bewegung gekommen. Über viele Jahre haben immer wieder Behindertenverbände, aber auch SeniorInnen, Eltern und andere auf die Schwierigkeiten hingewiesen, mit dem Rollstuhl oder auch dem Kinderwagen in der Stadt unterwegs zu sein. Meist vergeblich. Doch in jüngerer Zeit überschlagen sich die Parteien förmlich, um den berechtigten Forderungen nach Barrierefreiheit im öffentlichen Raum nachzukommen, einem Ziel übrigens, das spätestens seit der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Ende März 2009 auf der Tagesordnung steht.

Trotzdem stehen zum Beispiel Gehbehinderte im Verkehr buchstäblich vor unüberbrückbaren Problemen: Von 46 Hamburger S-Bahn-Haltestellen sind zur Zeit lediglich 19 barrierefrei, von 80 U-Bahn-Stationen nur 30. Zwar hat der Senat eine so genannte Prioritätenliste zum barrierefreien Umbau von Haltestellen aufgesetzt, doch danach würde es noch viele Jahre dauern, bis ganz Hamburg barrierefrei ist.

So lange wollen Betroffene u.a. aus Langenhorn und eine Reihe von politischen Gruppen nicht warten. Für Donnerstag, den 4. Juni, ruft die Bürgerinitiative »Ein Lift für den U-Bahnhof Ochsenzoll« zu einer Demonstration auf dem Rathausmarkt auf. Begonnen werden soll mit einer Kundgebung um 16:30 Uhr, um 17:30 Uhr geht es mit einer Rolli-Demonstration zum Hauptbahnhof, da ansonsten keine Chance besteht, in die U- oder S-Bahn zu steigen. Zusammen mit anderen Gruppen und unterstützt von der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft soll der Forderung nach einem »Konjunkturprogramm Barrierefreiheit«, speziell nach »barrierefreien Zugängen an allen U- und S-Bahnhöfen« in Hamburg, Nachdruck verliehen werden (näheres zur Demo am 4. Juni: www.Mit-Nachdruck.de).

Im letzten BürgerInnenbrief hatte ich darüber berichtet, dass zum Beispiel in Wilhelmsburg und in Barmbek bestehende Lifts zu oft und zu lange außer Betrieb sind, und ich den Senat in einer Kleinen Anfrage nach dem Zustand der bestehenden Fahrstühle und Lifts auf Bahnhöfen fragen werde. Inzwischen liegt eine Antwort vor: Angeblich ist speziell der Aufzug in Wilhelmsburg »häufig durch Vandalismus gestört«, teilte mir der Senat auf meine Kleine Anfrage am 12. Mai mit. Zuständig für den Ausfall und die Reparatur von Anlagen sei bei der Deutschen Bahn AG und der S-Bahn die »DB Station & Service AG«, für die U-Bahn die Hamburger Hochbahn AG. Bei der U-Bahn, so der Senat, »lag die Verfügbarkeit für alle Aufzugsanlagen im Jahr 2007 bei 96,1%

und im Jahr 2008 bei 95,5%«, für die S-Bahn ständen die Angaben angeblich nicht zur Verfügung! Es scheint also um die Barrierefreiheit insbesondere an den U- und S-Bahn-Haltestellen doch nicht alles so klar und glänzend zu sein, wie es in der Senatsantwort durchscheint.

Deshalb: am **4. Juni ab 16:30 Uhr** auf dem Rathausmarkt weiterhin Druck machen!

UN-Konvention für Gleichstellung Behinderter umsetzen!

**Für mehr barrierefreie
U- und S-Bahnhöfe in
Hamburg!**

Kundgebung

Do, 4. Juni, 16:30

Rathausmarkt

Abschließend Demo

Mönckebergstraße – Hbf.

Veranstalterin: Bürgerinitiative
»Ein Lift für Ochsenzoll«

Tel. 040-5276452 und 0157-71844270
oxenzoll@freenet.de

www.Mit-Nachdruck.de

»Kids in die Clubs«?



Kids bolzen und posieren auf dem Heiligengeistfeld

Auf der Bürgerschaftssitzung am 13. Mai 2009 stand ein SPD-Antrag zur Abstimmung, in dem es um die Unterstützung der Sportinitiative »Kids in die Clubs« ging. Die SPD hatte beantragt: »Die Bürgerschaft möge beschließen: Der Senat wird ersucht: 1. in Zusammenarbeit mit der Hamburger Sportjugend geeignete Maßnahmen aufzuzeigen, wie das Projekt »Kids in die Clubs« langfristig finanziell gesichert werden kann; 2. geeignete Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Projekt verlässlich im Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg gesichert werden kann und alle Sportarten berücksichtigt werden können; 3. der Bürgerschaft bis zum 31.10.2009 über die Umsetzung zu berichten.« Statt eine feste Summe zu fordern und damit die Jugendarbeit in den Sportvereinen auf sicherere Beine zu stellen, blieb der Antrag in seinem Petikum zwar reichlich unscharf, er wurde dennoch von der amtierenden CDU-GAL-Mehrheit abgelehnt.

DIE LINKE dagegen hat trotz der unscharfen Begründung zugestimmt. Worum geht's? Die »Hamburger Sportjugend« (HSJ) und der Verein »Kinder helfen Kindern« (eine Initiative des »Hamburger Abendblatt«) sind im Jahre 2004 eine Partnerschaft eingegangen, um allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren die Möglichkeit zu eröffnen, in der Frei-

zeit Sport zu treiben. Gestartet wurde das Projekt unter dem Titel »Kids in die Clubs« im Juni 2004. Das Abendblatt übernimmt in dieser Partnerschaft seitdem z.T. die Werbung und die Sponsorensuche, die HSJ setzt alles organisatorisch um.

Das Projekt ermöglicht bei sozialen Härtefällen auf Antrag Kindern und Jugendlichen eine kostenfreie Mitgliedschaft im Sportverein. Rund 100 Vereine haben inzwischen eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen, mittels derer die Zuwendung an den jeweiligen Verein fließt. Beim »SV Wilhelmsburg« zum Beispiel wurden Ende September 2008 insgesamt 62 von rund 700 Kindern und Jugendlichen im Verein unterstützt. Mittlerweile erstreckt sich die finanzielle Unterstützung auf mehr als 3.000 zuschussberechtigende Kinder und Jugendliche in der Stadt.

Die Finanzierung erfolgt zum einen aus Spendengeldern. Größter Sponsor war bisher im Januar 2008 der Hamburger Unternehmer Alexander Otto (ECE Projektmanagement, die in Gewerbeimmobilien engagiert ist), dessen Stiftung 50.000 Euro beisteuerte. Auch die HSH Nordbank ist involviert: beim alljährlichen »HSH Nordbank Run« – einem Freizeitlauf über 4.000 Meter durch die Hafencity mit nahezu 29.000 LäuferInnen im Jahr 2008 – werden fünf Euro vom Startgeld an

die Sportinitiative abgeführt. Auch die Kulturbehörde ist an der Aktion beteiligt. Die Stadt legt noch einmal den Betrag in Höhe der auf Spendenbasis zustande gekommenen Mittel dazu. Das bedeutete für den Haushalt 2008 immerhin 143.000 Euro. Der städtische Zuschuss ist Anfang Mai 2009 für das laufende Jahr auf 193.000 Euro angehoben worden, nicht zuletzt, um nun auch das Vorhaben »Kids in die Pools« zu realisieren – ein Beitrag zur Verringerung der Misere im Schwimmsport). Senatorin Karin v. Welck betont in diesem Zusammenhang gerne, dass Hamburg über diese Public-Private-Partnership-Initiative zur Modellregion für den Kinder- und Jugendsport geworden sei (auch in Bremen und Berlin sind inzwischen ähnliche Regelungen geschaffen worden).

Wie steht DIE LINKE und wie stehe ich als sportpolitischer Sprecher zu diesem Projekt?

Erstens: Vom Resultat her ist die Initiative »Kids in die Clubs« sicher eine gute Sache, ermöglicht sie zur Zeit doch etwa 3.000 bis 3.500 Kindern und Jugendlichen aus »einkommensschwachen« Verhältnissen das Sporttreiben und neuerdings auch das Schwimmen in einem Verein.

Zweitens: Dadurch, dass das Modell in Form einer Public-Private-Partnership durchgeführt wird, spart die Stadt die Hälfte der Zuschüsse für die Vereinsbeiträge dieser Kinder – und kann dennoch das Modell als Erfolgsprojekt in der Öffentlichkeit verkaufen.

Drittens: In den Genuss der kostenfreien Vereinsmitgliedschaft kommt nach wie vor nur ein kleiner Teil der Kinder und Jugendlichen, und ja auch nur auf Antrag. Die Hamburger Professorin für Sozialwissenschaften, Ursel Becher, ging in einer Studie schon 2008 davon aus, dass alleine von den Kindern unter sechs Jahren in Hamburg ca. 20% in Haushalten leben, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Damit sind aber offenkundig weitaus mehr Kinder und Jugendliche (es dürften mehrere 10.000 sein) nicht in der Lage, Vereinsbeiträge zu zahlen. Und der Fördertopf wächst nur in dem Maße, wie BürgerInnen, Firmen und Institutionen ihn über ihre Spenden füllen (selbst, wenn jeder Spenden-Euro aus dem städtischen Topf »verdoppelt« wird). Sollte die Spendenbereitschaft allerdings deutlich nachlassen – was in der Rezession

ja nicht ganz ausgeschlossen werden kann –, dürfte der Gesamtbetrag zurückgehen.

Viertens: Insgesamt sollte DIE LINKE für die erweiterte Forderung eintreten, die realen Sportvereinsbeiträge für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die Sozialhilfe bzw. Hartz-IV beziehen, zu übernehmen. Das würde auch bedeuten, einen Grundanspruch auf das Sporttreiben im Verein festzuschreiben und nicht vornehmlich auf Goodwill und die Spendenbereitschaft von BürgerInnen (und der Stadt) angewiesen zu sein.

Fünftens: Der SPD-Antrag begrüßt das »Hamburger Erfolgsmodell« und stellt das durchaus kritikwürdige Public-Private-Partnership-Modell nicht in Frage. Er zielt darauf ab, die hälftige Finanzierung durch Sponsoren und Stadt »langfristig in Hamburg abzusichern«. Da dies – neben der Festschreibung des »Sponsorenprinzips« darauf hinausläuft, einen festen Etatposten im Hamburger Haushalt zu reklamieren, müsste dafür konkret eine Summe genannt werden – verbunden mit der Option, diese auszuweiten und damit nach und nach mehr Kinder und Jugendliche in die Förderung einzubeziehen. Wird die Summe offen gelassen, bleibt es lediglich bei einem Appell.

Sechstens: Die grundsätzliche Philosophie des Antrags, die Absicherung von Grundbedürfnissen (in diesem Falle nach sportlicher Freizeitgestaltung im Verein) zumindest hälftig zu einer auf privater Spendenbasis basierenden Angelegenheit zu machen, teile ich nicht. Andererseits hat die Initiative »Kids in die Clubs« faktisch bereits dazu geführt, dass deutlich mehr Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Verhältnissen die Beteiligung an sportlichen Aktivitäten in Vereinen ermöglicht wurde. Nicht zuletzt aus diesem Grund habe ich mich dafür ausgesprochen, dass DIE LINKE dem SPD-Antrag zustimmt. Allerdings werde ich auch in Zukunft darum ringen, den städtischen Zuschuss auf 500.000 Euro für 2009 anzuheben und von Jahr zu Jahr um 10% zu erhöhen – bis letztlich alle sportinteressierten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen aus einkommensschwachen Haushalten die Möglichkeit haben, aktives Mitglied in einem Sportverein zu sein.

Terminkorrektur

Wie im letzten BürgerInnenbrief angekündigt, sollten im Mai Veranstaltungen stattfinden, bei denen Rechenschaft über unsere Arbeit abgelegt und darüber diskutiert wird, wie »Links wirkt«. Gemeinsam mit Sandra Clemens und Ronald Wilken habe ich bislang in Horn und Rothenburgsort über ein Jahr Parlamentsarbeit berichtet. Nun musste kurzfristig die für den 28. Mai in Finkenwerder geplante Diskussion abgesagt werden: Sie findet stattdessen am Mittwoch, dem 3. Juni, um 19.30 Uhr statt. Ich führe im Folgenden die ausstehenden Termine noch einmal auf:

Billstedt: Dienstag, 19. Mai, 20.00 Uhr, Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30 A (gemeinsam mit der Bezirksabgeordneten **Renate Hercher-Reis**).



Hamm: Mittwoch, 20. Mai, 19.30 Uhr, Abgeordnetenbüro, Borgfelder Straße 83 (gemeinsam mit der Bezirksabgeordneten **Sandra Clemens**).

Finkenwerder: Mittwoch, 3. Juni, 19.30 Uhr, Aueschule, Ostfrieslandstraße 91 (gemeinsam mit dem Bezirksabgeordneten **Bernhard Stietz-Leipnitz**).

Meine Einjahresbilanz

von Michael Joho



Vor einem Jahr bin ich als wissenschaftlicher, persönlicher Mitarbeiter bei Joachim Bischoff »eingestiegen«. Es drängt mich deshalb, Rechenschaft abzulegen, was dieses Jahr Zu- und Arbeit für einen Bürgerschaftsabgeordneten und die Linksfraktion gebracht hat und für mich bedeutet. Am 1. Mai 2008 – unmittelbar nach der DGB-Demonstration – habe ich den Anstellungsvertrag bei Joachim unterschrieben. Diese Entscheidung, die dann abends mit St. Georger FreundInnen bei einem Gläschen Sekt gefeiert wurde, habe ich froh gestimmt getroffen, weil ich darin eine Chance sah, an »vorgeschiebener Stelle« linke Politik auf städtischer Ebene mitzugestalten. Joachim ist stadtentwicklungs-, sport- und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion – und zumindest in den ersten beiden Arbeitsbereichen verfüge ich über langjährige Erfahrungen.

Was treibt so ein Referent eigentlich im Alltag? Heute z.B. hatten Joachim und ich ein Gespräch mit VertreterInnen der Initiative »Pro Freihafen«, deren klein- und mittelständische Betriebe sich gegen die drastische Verkleinerung bzw. Auflösung des gut hundert Jahre alten Freihafens wehren. In der Folge werde ich mich mit der Vorbereitung einer Großen Anfrage an den Senat beschäftigen, mit dem Ziel, das Thema zum Gegenstand einer Bürgerschaftsdebatte zu machen.

Dieses punktuelle, eher ungewohnte Zusammengehen mit Teilen der Hafenvirtschaft ist eine Facette. Viel häufiger kommt es jedoch vor, dass ich in den Stadtteilen unterwegs bin, um mit Gruppen, Bürgerinitiativen und BewohnerInnen über Mieterhöhungen, Kündigungen, Umwandlungen oder sonstige Probleme zu sprechen – Themen, mit denen ich als Sprecher des St. Georger Einwohnervereins und als Mitglied des Arbeitskreises Hamburger MieterInnenrat vertraut bin. Aus diesen Kontakten erwachsen bisweilen Kleine, seltener Große Anfragen an den Senat, die Informationen für die Menschen und Initiativen vor Ort erbringen können. Allzu scharf ist das Instrument der Anfragen nicht, im Einzelfall bedarf es oft weiterer Kommunikation mit Joachim und Antje Schellner, der wohnungs- und verkehrspolitischen Mitarbeiterin der Fraktion.

Die Möglichkeiten, die eine Opposition mit acht Abgeordneten in der Bürgerschaft hat, sind begrenzt – was vielleicht in der Natur einer solch kleinen Fraktion liegt. Ärgerlich wird es allerdings, wenn wirklich überzeugende Anträge kleinkariert schlicht deswegen niedergestimmt werden, weil es zur politischen Kultur der hiesigen ParlamentarierInnen zu gehören scheint, der LINKEN keinen Stich zu gönnen – das betrifft

die Regierungsfractionen der CDU und der GAL, bisweilen aber auch die der SPD. »Verständlicher« ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die LINKE aus der für Hamburgs Grundstückspolitik so wichtigen Bodenkommission ausgeschlossen bleibt, weil sich die anderen Parteien keine Laus in den Pelz setzen wollen, die nicht jeden Grundstücksdeal unwidersprochen hinnehmen würde.

Dennoch: Ähnlich wie im außerparlamentarischen Bereich, in dem in St. Georg im Verbund mit anderen Kräften und letztlich durch den darüber entwickelten Druck mancher Etappensieg errungen werden konnte (die ersten vier Fixerräume und drei Spielhäuser 1992, die erste Kommunale Litfaßsäule der Stadt 2009 und absehbar der Erlass einer sozialen Erhaltensatzung für große Teile des Viertels voraussichtlich im Jahre 2010), ist es auch auf Bürgerschaftsebene gelungen, politische Entscheidungen nachhaltig zu beeinflussen. Dass die Elbphilharmonie und die HSH-Nordbank zu einem so großen Thema wurden, hat etwas mit dem Auftreten der LINKEN in der Stadt und im Parlament zu tun; dass Anja Hajduks Autobahnpläne für Wilhelmsburg nicht im Behördenzimmer abgewickelt wurden, sondern zu großen Protestversammlungen und einer Demonstration mit 1.000 Menschen führten, ist auch die Folge der beständigen Forderung von Transparenz und effektiver BürgerInnenbeteiligung seitens der Linksfraction.

In all diesen Zusammenhängen wirke ich irgendwie mit, bereite Themen für die politische Debatte auf, kooperiere mit verschiedenen Bürgerinitiativen oder arbeite mich in reichlich Papiere aller Art ein (jetzt gerade in ein Gutachten zu Shared Space). Bei alledem stelle ich mir – auch als Nicht-Parteimitglied und mehr als »Mitentwickler« –, die Frage, wie linke Positionen aussehen und wie diese im Einzelfall realisiert werden können – die eigentliche Umsetzung erfolgt über die Initiativen und Parteigruppen vor Ort und die Abgeordneten in der Bürgerschaft.

Ein weiteres Arbeitsfeld ergibt sich aus dem Umstand, dass Joachim als Direktkandidat im Bezirk Hamburg-Mitte gewählt wurde und großen Wert darauf legt, mit »seinem Wahlkreis« zu kommunizieren. Daraus folgen die Präsenz im Abgeordnetenbüro in der Borgfelder Straße und die Mitorganisation zum Beispiel der Veranstaltungsreihe »Links wirkt: Ein Jahr in Bürgerschaft und Bezirksversammlung«, das Schreiben von Artikeln für diesen BürgerInnenbrief (der meines Erachtens einen viel größeren Verbreitungsgrad verdient hätte) und die Herstellung und Pflege von Kontakten zu Menschen und Initiativen, die sich für eine vernünftige Stadtteilentwicklung engagieren.

Dass dieser Job nicht täglich morgens um 8 Uhr anfängt und um 16.30 Uhr endet, wird einleuchten. Zwar gibt es Regelmäßigkeiten (Montag abends Fraktionssitzungen; Donnerstag morgens das gemeinsame Arbeitsfrühstück, Beratungen auf bezirklicher Ebene etc.), aber das meiste ist das Ergebnis eigener Initiativen oder konkreter Absprachen – und nicht weniger abendlicher Sitzungen und Veranstaltungen. Sie wechseln ab mit längeren Schreibtischphasen (auch am Wochenende) und immer wieder der Präsenz vor Ort. Hätte ich

als Historiker nicht Erfahrungen damit, mich schnell in Zusammenhänge einzuarbeiten, wäre ich als Erwachsenenpädagoge nicht gewohnt, von Bildungsurlaub zu Bildungsurlaub neue Themen anzupacken, hätte ich als Publizist nicht schon jahrelang geschrieben und wäre da nicht die ganze politische Vergangenheit mit ideologischen Kämpfen, Demonstrationsanmeldungen oder Initiativgründungen – ich würde sicher öfter wie der Ochs vorm Berg stehen.

Es wird niemanden wundern, dass mir manchmal die Themen und wichtigen Arbeiten »über den Kopf wachsen« und ich das Gefühl habe, mehr und längere konzeptionelle Dinge betreiben zu sollen – und zwar nicht nur immer spät abends oder in der Nacht. Gelegentlich ist es wie ein Alptraum, aber es ist doch harte Realität: Da bereiten Tausende von KollegInnen in den Behörden Drucksachen, Anordnungen und Entscheidungen für den Senat vor, und wir paar Hanseln der Fraktion sollen das dann alles auf die Schnelle begreifen, Kritik und Alternativen entwickeln und möglichst auch noch in Zusammenarbeit mit den Parteigliederungen und Initiativen vor Ort in praktische Politik umsetzen. Von den – ungelogen – täglich 50 Mails, die in meinen Rechner hineinprasseln, einmal ganz abgesehen.

Kein Wunder, dass manches auf der Strecke bleibt und nicht selten das »Privatleben«, Freunde, Stadtteilarbeit, Theatergruppe und Wochenendausflug deutlich zu kurz kommen. Dass Joachim ein noch beträchtlich höheres Arbeitsmaß an den Tag legt und trotzdem noch zum Sport geht, kann mich nicht wirklich beruhigen.

Das Zusammenwirken mit dem »Chef« ist eine ganz eigene Sache. Da ich oft in seinem Auftrag bzw. seinem Namen unterwegs bin, bedarf es des ständigen Austauschs, um über konkrete Anforderungen und die verschiedenen Wirren in Fraktion und Partei zu beraten. Das ist zwar anstrengend, hat aber auch die angenehme Seite, dass wir des öfteren in kleinerer oder größerer Runde nach »vollbrachtem Tagwerk« abends noch in einer der St. Georger Kneipen zusammen klönen.

Meine Einjahresbilanz fällt zwiespältig aus: Ja, wir haben erreicht, dass mit der LINKEN eine wichtige Stimme gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau, ungerechte Krisenabwälzung und Kriegsbeteiligung deutlich lauter zu vernehmen ist. Die Linksfraction leistet dafür gute, pragmatische Arbeit. Für meinen persönlichen Gefühlshaushalt ist es wichtig, Widerspruch anzumelden, den Finger in die vielen klaffenden Wunden kapitalistischer Wirklichkeit und des großstädtischen Alltags zu legen und Alternativen aufzuzeigen. Zugleich ärgere ich mich beständig, weil die Medien im Normalfall darüber gar nicht oder verzerrt berichten.

Als schwierig empfinde ich die politische Lage in der Gesellschaft wie auch in der Partei DIE LINKE. Obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise die grundsätzlichen Positionen marxistischer Kritiker eher bestätigt, schlägt sich das bislang nicht in einer Aufbruchstimmung in der LINKEN oder einer Politisierung der Bevölkerung nieder. Die Beteiligung bei der bevorstehenden Europawahl wird gruselig ausfallen, und welchen Aufschwung die allerrechtsten Kräfte in der Krise noch nehmen könnten, das mag ich mir gar nicht ausmalen.

DIE LINKE ist relativ gut gestartet, innere Auseinandersetzungen lassen die Partei aktuell allerdings nicht gerade großartig dastehen; allzu revolutionäre Langzeitvorstellungen und das tägliche Klein-Klein in den Parlamenten sind bisher nicht ausreichend miteinander vermittelt.

Aber ich mache mir nichts vor: 100.000 DemonstrantInnen auf der Gewerkschaftsdemonstration am vergangenen Samstag in Berlin sind zwar ein Erfolg, doch angesichts der zu erwartenden fünf oder sechs Millionen Erwerbslosen im nächs-

ten Jahr müsste schon jetzt erheblich mehr los sein. Das wird zweifellos kommen, ich hoffe nur, dass dann DIE LINKE und mit ihr die Initiativen und Gewerkschaften, aber auch die SPD und vielleicht die rebellischen Restpotenziale der Grünen besser aufgestellt sind. Und ich möchte auch weiterhin meinen Beitrag dazu leisten, die Linksentwicklung in dieser Stadt und in diesem Land zu befördern. Alles andere wäre ein politisches und menschliches Desaster.

Kulturtipp: Mal raus



Auf dem Stadtteilfest in St. Georg 2008

Die Monate Mai und Juni werden von vielen Initiativen und Vereinen genutzt, Nachbarschafts-, Quartiers- und Stadtteilfeste zu organisieren. Hier finden sich Jung und Alt zusammen, hier wird gefeiert, geratscht und gestritten, hier wird so etwas wie Zusammenhalt und quartiersbezogene Identität entwickelt. Alles gute Gründe, um diese Projekte zu unterstützen und mit Zuschüssen aus bezirklichen Mitteln, Verfügungsfonds oder sonstigen öffentlichen Kassen zu fördern!

Fest notiert habe ich für mich das Stadtteilfest Horn, das am Samstag, dem 6. Juni, von 10 bis 18 Uhr auf dem Parkplatz Am Gojenboom (Ausgang U 3 Am Gojenboom) stattfindet. Hier interessiert mich insbesondere, was die BesucherInnen zu den Senatsplänen sagen, die Horner Rennbahn zur Trab-Galopp-Doppelrennbahn umzubauen und damit das bisherige Freizeitpark-Gelände drastisch zu beschneiden.

Am selben Tag findet das St. Georger Stadtteilfest von 14 bis 20 Uhr auf dem Gelände rund um die Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof) statt. Neben anderen BewohnerInnen bin ich gebeten worden, einen dreiminütigen Impuls-

beitrag zum Festmotto »Was zum Leben wirklich wichtig ist« beizusteuern. Darüber, ob mir das in dieser knappen Zeit gelingen wird oder nicht, werden schon jetzt Wetten abgeschlossen...

Auch wenn ich es in diesem Jahr nicht schaffen werde, selbst teilzunehmen, will ich doch diese Empfehlung loswerden: Begeht euch auf die »Kulturelle Landpartie«! Bereits seit 20 Jahren öffnen KünstlerInnen und HandwerkerInnen im niedersächsischen Wendland zwischen Himmelfahrt und Pfingsten ihre Hoftore und zeigen sich von ihrer produktiv(st)en Seite. Entstanden im Widerstand gegen das Atommüll-Lager Gorleben, hat sich die Kulturelle Landpartie ausgeweitet und inspiriert mittlerweile auch Tausende HamburgerInnen zu einem Kurzausflug oder gar einer mehrtägigen Fahrradtour in die Region »hinter Lüneburg«. In diesem Jahr sind sage und schreibe 568 KünstlerInnen an 113 Ausstellungs- bzw. »Wunderpunkten« in über 80 Dörfern beteiligt. Wer am genauen Programm für die Zeit vom 21. Mai bis zum 1. Juni interessiert ist, erfährt mehr unter www.kulturelle-landpartie.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**